

Vorfahrt für Familien!

Familienpolitik muss die Rahmenbedingungen für Eltern und Kinder verbessern. Dies erfordert gesellschaftliche Investitionen in Familienfreundlichkeit und eine Umsteuerung der derzeitigen staatlichen Familienförderung. Solange diese im Wesentlichen über das Steuerrecht erfolgt, erhalten ausgerechnet diejenigen die höchste Förderung, die ohnehin schon am meisten haben. Zuerst müssen aber diejenigen bedacht werden, deren Einkommen am geringsten ist.

Elternschaft muss für Mütter und Väter gleichermaßen lebbar werden. Dies bedeutet einen Abbau der Hindernisse für die Erwerbstätigkeit von Müttern sowie eine Abkehr von der selbstverständlichen Annahme, Familie und Kinder seien Frauensache.

Kinder dürfen im Rahmen von Familienpolitik keine nachgeordnete Rolle spielen. Die Armutsquote von Kindern liegt europaweit, mit Ausnahme der skandinavischen Länder, über der allgemeinen Armutsquote. Kindergeld, Kinderfreibetrag und Kinderzuschlag sind in der gegenwärtigen Form zur Verhinderung von Kinderarmut nicht ausreichend.

Wir wollen einen Rechtsanspruch für Eltern auf eine beitragsfreie öffentliche Kinderbetreuung in hoher Qualität ab dem 1. Lebensjahr. Der Ausbau von Kinderkrippen wird vorangetrieben.

Wir wollen den Ausbau des Elterngeldes nach skandinavischem Vorbild zu einer Sozialleistung, die Elternschaft ermöglicht und Gleichstellung fördert. **Das Mindestelterngeld wird auf 450 Euro angehoben. Die Bezugsdauer des Elterngeldes wird auf 24 Monate erhöht,** wobei jedes Elternteil einen individuellen, nicht übertragbaren Anspruch auf die Hälfte der Zeit

hat. Der Anspruch beginnt mit der Geburt des Kindes und endet mit dessen 7. Geburtstag.

Wir wollen, dass Unternehmen Eltern mit Kindern eine familienfreundliche Arbeitswelt schaffen, in der Arbeitszeiten, -intensität und -flexibilität das Familienleben ermöglichen. **Eltern sollen einen Rechtsanspruch auf Teilzeit sowie auf Maßnahmen der beruflichen Wiedereingliederung nach der Elternzeit erhalten.**

Der Kündigungsschutz für erwerbstätige Eltern von Kindern unter 7 Jahren sollte verbessert werden.

Ein Großteil unserer Vorschläge könnte durch den Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform finanziert werden, mit der SPD und CDU/CSU gerade 13 Milliarden Euro an Großunternehmen verschenken.